



Junge Menschen in prekären Lebenslagen nicht vergessen und nicht verlieren

6. Erfahrungsaustausch zum Förderinstrument
„Werkstattjahr“ am 14. November 2022 in Münster

Das Werkstattjahr ist ein mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördertes Angebot des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) sowie den Agenturen für Arbeit und Jobcentern im Bereich Übergang Schule – Beruf. Am 14. November 2022 fand in Münster der 6. Erfahrungsaustausch für die am Werkstattjahr beteiligten Bildungsträger statt. Landesminister Karl-Josef Laumann bekräftigte in diesem Dialog den hohen Stellenwert der beruflichen Integration benachteiligter junger Menschen auch in der zukünftigen Arbeitsmarktpolitik. Jungen Menschen mit vielschichtigen Problemen fehle es oft an Motivation, an Schlüsselqualifikationen und Kompetenz. Ohne Unterstützung liefe ihre Zukunft womöglich auf Arbeitslosigkeit oder lebenslange prekäre Beschäftigung hinaus. An diese Gruppe richtet sich das niederschwellige Angebot Werkstattjahr, das Bestandteil der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist und noch nicht ausbildungsreife Jugendliche auf die Aufnahme einer betrieblichen Berufsausbildung vorbereitet.

Für die operative Umsetzung des Programms in den Regionen sind Bildungsträger verantwortlich. Ihre Erfahrungen standen im Mittelpunkt der von der G.I.B. organisierten Veranstaltung in Münster. Das unterstrich Geschäftsführer Karl-Heinz Hagedorn in seiner Begrüßungsrede mit der Formulierung: „Wir sind hier, um zu hören, was Sie uns zu sagen haben.“ Auch Dr. Jens Stuhldreier, Referatsleiter im MAGS, verwies auf „die gute Tradition des Erfahrungsaustauschs“. Der Dialog mit den beteiligten Bildungsträgern sei eine gute Grundlage für das Ministerium, um zu entscheiden, „ob Förderleistungen für das Werkstattjahr an der ein oder anderen Stelle anzupassen sind“. Zwar sei die Fachkräftesicherung im MAGS gegenwärtig und in naher Zukunft das dominierende Thema, „doch darüber dürfen wir die jungen Menschen in prekären Lebenslagen nicht vergessen und nicht verlieren.“

Überzeugende Zahlen

Dem Blick in die Zukunft ging in Münster ein Rückblick voraus: Anne Sabine Meise von der G.I.B. stellte die Ergebnisse des Programm-Monitorings „Werkstattjahr 2020 – 2022“ vor. Demnach waren im genannten Zeitraum rund 1.500 Eintritte in das Werkstattjahr zu verzeichnen. Das Durchschnittsalter der Jugendlichen lag bei 17 Jahren. Besonders aussagekräftig zwei weitere Zahlen: 45 Prozent Jugendliche waren im Arbeitslosengeld II-Bezug und mehr als 51 Prozent von ihnen hatten (noch) keinen Schulabschluss. Doch welche Erfolge bewirkte die Teilnahme am Werkstattjahr? Auch darüber gab das Monitoring Auskunft: Bei den obligatorischen Beurteilungsgesprächen zum Teilnahmeverhalten der Jugendlichen lautete die Bewertung in rund der Hälfte aller Fälle „gut“. So positiv beurteilte Jugendliche erhielten eine Leistungsprämie, deren Zahlung die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Jugendlichen zugleich anerkennen und weiter fördern soll. Besonderes Augenmerk galt beim Monitoring den betrieblichen Praxisphasen, denn in Kombination mit der produktiven Tätigkeit beim Bildungsträger dienen sie der beruflichen Qualifizierung. Hier ergab sich, dass 42 Prozent der ehemaligen Teilnehmenden betriebliche Praxisphasen absolviert hatten, davon mehr als ein Drittel sogar in zwei oder mehr Betrieben. Unbedingt zu erwähnen sind zwei weitere Erfolge: So fand ein Drittel aller Teilnehmer*innen mit Praktikum im Anschluss an das Werkstattjahr eine Beschäftigung oder einen Ausbildungsplatz im Praktikumsbetrieb. Insgesamt 52 Prozent der Teilnehmenden fanden eine Anschlussperspektive.

„Hier geht es auch um mich“

Den Zahlen folgte die Theorie: „Jugendliche stärken – Motivation fördern“ war der Themenschwerpunkt beim aktuellen Erfahrungsaustausch der Bildungsträger. Dazu referierte Dr. Ulrich Weiß von der Kolping Hochschule für Gesundheit und Soziales in Köln. In seinem Vortrag ging es um „Anerkennungsbeziehungen und Motivation aus Sicht der Jugendlichen“ und um die Schlussfolgerungen, die sich daraus für die Arbeit der Bildungsträger ergeben. Deutlich wurde dabei, dass Anerkennung, Motivation und Kompetenz sich gegenseitig bedingende Faktoren sind, wenn Jugendliche im Werkstattjahr dazu befähigt werden sollen, eine „erwerbsbiografische Eigenverantwortung“ zu übernehmen. Von Institutionen können Menschen jedoch vor allem dann anerkannt werden, stellte der Forscher klar, wenn sie ihrerseits die Institutionen anerkennen. Daraus ergibt sich etwa beim Übergang von der Schule in den Betrieb oft „eine krisenhafte Situation, weil sich neue Anerkennungsbedingungen stellen, die Jugendliche, die häufig selbst aus prekären familiären Anerkennungsbeziehungen kommen, noch nicht kennen“. Anerkennung aber sei genauso unverzichtbar wie Selbstbestimmung „und die wächst weniger über Pünktlichkeit als vielmehr beim Sinn-Erleben“. Zusätzlich motivierend wirken soziale Eingebundenheit, Autonomieerleben, also die Möglichkeit zum Mitgestalten, sowie das Erleben von Kompetenz im Sinne einer reflexiven Handlungsfähigkeit. Jugendliche sollten erfahren, so Ulrich Weiß: „Hier geht es nicht nur um Fachkräftesicherung, sondern hier geht es auch um mich als Mensch.“ Wo das gelingt, ist nach seinen Forschungsergebnissen der Klebeeffekt nach einem Praktikum in den Betrieben am größten. Seinen Vortrag hatte der Wissenschaftler als Dialog konzipiert, insofern er die praktischen Erfahrungen der zuhörenden Bildungsträger immer wieder in seine Überlegungen einfließen ließ. Widerspruch erntete er etwa mit seiner Relativierung von Pünktlichkeit. Hier stellten die praxiserfahrenen Bildungsträger unmissverständlich klar, dass das Einhalten zeitlicher Vorgaben sowohl im Werkstattjahr wie auch bei den Praktikumsplätzen anbietenden kleinen und mittleren Unternehmen unerlässlich ist.

„Das hast du gut gemacht!“

Die Verknüpfung von Politik, Wissenschaft und Praxis fand im anschließenden Podiumsgespräch statt. An ihm nahm auch Minister Karl-Josef Laumann teil, der es sich nicht nehmen ließ, bei der Diskussion über das Werkstattjahr, „diesem Klassiker im Übergang von der Schule in den Beruf“, persönlich zu erscheinen. Er versicherte, dass die Integration benachteiligter junger Menschen auch angesichts des Megathemas Fachkräftesicherung in der Arbeitsmarktpolitik des Landes weiterhin einen hohen Stellenwert haben wird: „Die jungen Menschen und ihre Anliegen dürfen nicht unter die Räder kommen!“

Im weiteren Verlauf des Gesprächs bekannte er sich klar zu der Neuerung, die Leistungsprämie nicht vierteljährlich, sondern monatlich auszuzahlen: „Die Jugendlichen, die am Werkstattjahr teilnehmen, müssen sehen, dass es sich lohnt. Sie müssen auch schnelle Erfolge erleben. Das steigert ihre Motivation, weitere kleine Schritte in Richtung Beruf zu gehen.“ Nicht nur darin stimmte Minister Laumann mit seinen Dialogpartnern Herbert Dörmann von der „Werkstatt im Kreis Unna“, Andreas Schlieker vom Verein „Lernen fördern“ Steinfurt und Olaf Biermann vom Wichernhaus Wuppertal überein. Von ihnen erfuhr der Minister zudem von den neuen Heraus-

forderungen, denen sich Bildungsträger bei der praktischen Arbeit im Werkstattjahr gegenübersehen. Zu nennen ist da etwa die nicht nur durch Corona gewachsene psychische Beeinträchtigung der jungen Menschen und ihre zunehmende Bewegungsarmut, sondern auch die fehlenden Deutschkenntnisse seitens geflüchteter Menschen oder die mangelnde Förderung von Qualifizierungsbausteinen, um bei den Jugendlichen Erfolgserlebnisse zu schaffen. Großes Interesse bestand zudem, so erfuhr der Minister, an gemeinsamen Fortbildungsangeboten für beteiligte Bildungsträger. Dass sie, die Träger, neben Analysen und Theorien immer auch die Praxis im Blick haben, illustrierte eine Aussage, die bei allen Zustimmung fand: „Manchmal muss man dem jungen Menschen auch einfach auf die Schulter klopfen und ihm sagen: Das hast Du gut gemacht!“

Erfahrungen, Gelingensbedingungen und Herausforderungen

Drei Arbeitsgruppen befassten sich abschließend mit jeweils identischen Fragen. Anknüpfend an den Vortrag von Dr. Ulrich Weiß ging es im Themenfeld „Anerkennungsbeziehungen und Motivation in der Praxis“ zum Beispiel um die Frage, wie sich die Motivation benachteiligter Jugendlicher fördern und stärken lässt. Die Vielzahl an Antworten und Lösungsvorschlägen beweist, über welches Erfahrungswissen die am Werkstattjahr beteiligten Träger bereits verfügen. Als Selbstverständlichkeit bei der Motivationsförderung gilt, die Jugendlichen ernst zu nehmen, ihnen zuzuhören und Gespräche auf Augenhöhe zu führen. Unverzichtbar sei zudem, sie „ganzheitlich als Mensch wahrzunehmen“ mit all den unterschiedlichen Facetten ihrer Persönlichkeit und Erfahrungen.

Zugleich komme es darauf an, ihnen alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die sie aus ihrer Perspektive brauchen und sie dabei zu unterstützen, positive Erfahrungen zu sammeln, an denen es bislang in ihrem Leben oft gemangelt hat. Zwar sei es ebenso wichtig, gemeinsam die Chancen eines eigenverantwortlichen Lebens in den Blick zu nehmen, doch nicht im beschönigenden Sinne, sondern offen und ehrlich über die Herausforderungen sowie die möglichen Probleme und Konflikte zu sprechen, die damit einhergehen können. Hoffnung schaffen könnte hier ein Hinweis auf die veränderte Lage am Arbeitsmarkt, die sich in den letzten Jahren in Deutschland merklich zu ihren Gunsten verändert hat, denn: Jede Person wird zukünftig gebraucht. Viele Unternehmen finden keine Bewerber*innen, der Fachkräftebedarf ist groß. Gefragt sind zukünftig also auch sie, die Teilnehmenden am Werkstattjahr.

Beim Thema Motivation warfen die Vertreter*innen der Bildungsträger in den Arbeitsgruppen aber auch einen Blick auf ihre eigene Situation: Auch auf ihrer Seite ist Motivation unabdingbar. Hier empfiehlt sich, über die Rahmenbedingungen der Förderausschreibungen, wie etwa über den Personalschlüssel und die Entlohnung nachzudenken. Unbedingt anzustreben sei eine tarifliche Entlohnung des Personals. Das läge letztlich auch im Interesse der am Werkstattjahr teilnehmenden Jugendlichen wie auch dem der Fördergeber, die die Förderstrukturen gestalten.

Um die neuen Förderbestimmungen in der Praxis, also um Erfahrungen, Gelingensbedingungen und Herausforderungen, ging es in einem zweiten Themenfeld, mit dem sich die Arbeitsgruppen auseinandersetzten. Dabei zeigte sich: Die monatliche Auszahlung der Leistungsprämie wird von allen anwesenden Personen begrüßt, wertgeschätzt und für die pädagogische

Arbeit als großer Gewinn betrachtet. Kontrovers diskutiert wurde hingegen die Änderung von „alles oder nichts“, sprich: Jugendliche, die mit „gut“ bewertet werden, bekommen eine Leistungsprämie, die anderen nicht, hin zu einer gestaffelten Leistungsprämie. Für eine solche spricht die Möglichkeit, auch kleine Erfolge zu honorieren und die „Perspektive auf mehr“ für die Jugendlichen greifbar und transparent zu gestalten. Andere sprachen sich in der Diskussionsrunde dagegen aus. Nach ihrer Ansicht bietet das „alles oder nichts“ für manche Jugendlichen einen weitaus höheren Anreiz als die Staffelung.

Deutlich wurde zudem, dass viele Träger im Kontext der Bewertung schon seit Jahren mit Kompetenztafeln, Punktesystemen und Ähnlichem operieren. Dabei schätzen sich die Jugendlichen in der Regel selbst ein. Gleichzeitig stehen sie aber auch im Dialog mit ihrer Gruppe, geben sich gegenseitiges Feedback und bekommen durch die Sozialpädagog*innen und die Anleitenden eine Fremdeinschätzung. Auch eine Sichtbarmachung von Verbesserungen zum Beispiel anhand von grafischen Auswertungen sorgt für Motivation und Erfolgserlebnisse. Kurzum: Es existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Methoden der Kompetenzbeurteilung. Ein weiterer Austausch dazu wird von mehreren Trägern als wertvoll angesehen und gewünscht.

Ziel des Werkstattjahrs ist letztlich die Integration benachteiligter Jugendlicher in den Arbeitsmarkt oder in die Ausbildung. Hier stellte sich den Arbeitsgruppen die Frage: Wie finden Jugendliche und Betriebe bestmöglich zusammen? Bewährt hat sich in der Praxis auf jeden Fall, die Eigenverantwortung der Jugendlichen zu stärken und „ihnen etwas zuzutrauen.“ Dazu gehört aber auch, sich Zeit zu nehmen, mit den Jugendlichen über Erwartungen zu sprechen und anschließend gemeinsam kleine Schritte auf dem Weg zum Ziel zu planen und vorzubereiten und sie „auch im weiteren Dialog ganzheitlich auf ihrem Weg zu begleiten.“

Viele Träger, stellte sich in den Arbeitsgruppen heraus, verfügen über stetig aktualisierte Betriebsdatenbanken mit Informationen über Möglichkeiten und Grenzen einer Beschäftigung benachteiligter Jugendlicher. Während die einen meinten, dass sich eine Integration in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt beschleunigen lässt, wenn Anleiter*innen oder Sozialpädagog*innen „mal eben kurz im Betrieb anrufen“, plädierten andere dafür, den Anruf den Jugendlichen selbst zu überlassen. Das sei nachhaltiger, weil die Jugendlichen so erfahren, selbstwirksam zu sein. Unverzichtbar hingegen sei es, dass Träger mit den Betrieben über deren Erwartungen sprechen und die Kompetenzen der Jugendlichen in den Vordergrund stellen und bei Bedarf für besondere Problemlagen sensibilisieren.

Was braucht es darüber hinaus, um benachteiligte Jugendliche auf ihrem Weg in die Berufswelt zu unterstützen?

Auch dieser Frage stellten sich die der Arbeitsgruppen. Einigkeit bestand dabei hinsichtlich der Förderdauer. Sie sollte länger als zwölf Monate sein, „um die Jugendlichen bei der Bewältigung ihrer Problemlagen nachhaltig unterstützen zu können.“ Davon versprechen sich die Bildungsträger auch weniger Beziehungsbrüche zwischen den Jugendlichen und den Unterstützungssystemen, die durch Personalfuktuation oder mehrere verschiedene, aufeinanderfolgende Maßnahmen entstehen könnten. Als Beispiele genannt wurden hier Berufseinstiegsbegleitung,

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme mit produktionsorientiertem Ansatz (BvB-Pro) sowie Assistierte Ausbildung flexibel (AsAflex). Grundsätzlich bedarf es aus Sicht der Bildungsträger „stabiler und tragfähiger Beziehungen sowie eine Unterstützungsstruktur und ein Fördersystem, das von der Bedarfslage des Menschen aus konzipiert und umgesetzt wird.“ Gewünscht sind zudem „passgenaue Zuweisungen“ der Arbeitsverwaltungen. Neben engen Kooperationen und regelmäßigen Gesprächen zwischen Arbeitsverwaltungen und Trägern könnte eine vertraglich geregelte Absprache vor einer finalen Entscheidung über die Zuweisung hilfreich sein, um deren Passgenauigkeit zu gewährleisten.

Eine kritische Anmerkung zum Schluss: Auf die psychischen Problemlagen der Jugendlichen ist die Förderstruktur des Werkstattjahrs nicht ausreichend ausgerichtet, meinten die Diskutierenden. So hätten die Träger und Sozialpädagogen den Auftrag, Kontakt zu den entsprechenden professionellen Hilfeeinrichtungen herzustellen. Dieser Aufgabe kämen sie auch nach. Doch in der Praxis sei oft zu beobachten, dass Jugendliche mehrere Monate auf diese Unterstützung warten müssen. Bis dahin stehen die Sozialpädagogen vor der Aufgabe, mit Jugendlichen „zu arbeiten“, die für konkreten Angebote möglicherweise gar nicht „zugänglich“ sind. Daraus leiteten die Arbeitsgruppen die Forderung nach einer „zeitnahen Unterstützung der Jugendlichen zur Bewältigung der psychischen Problemlagen“ ab sowie „eine Zuweisungspraxis der Arbeitsverwaltungen, die die Bildungsträger nicht strukturell überfordert.“

Autor

Paul Pantel

Tel.: 02324 239466

paul.pantel@vodafone.de

Ansprechperson in der G.I.B.

Anne Sabine Meise

Tel.: 02041 767172

a.meise@gib.nrw.de

Beraterin in der Abteilung Jugend und Ausbildung, Übergang Schule – Beruf

6. Erfahrungsaustauschtreffen der Bildungsträger im Werkstattjahr der G.I.B. im Rahmen der fachlichen Begleitung des Förderprogramms Werkstattjahr des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.